

# Einleitung

Der Aufstieg einer radikalen politischen Rechten in den Ländern des Westens hat 2016 enorm an Fahrt gewonnen, und nichts deutet darauf hin, dass dieser Prozess in Kürze an sein Ende kommt. Mit der Amtsübernahme von Donald Trump als US-Präsident hat diese heterogene und schillernde radikale Rechte die weltpolitisch zentrale Position eingenommen. Nach Ungarn und Polen ist es einer an Nation und Ethnozentrismus orientierten Rechten im Kernland des westlichen kapitalistischen Modells gelungen, die Schaltstellen der Politik zu erobern. Ob sie dabei tatsächlich die Macht erlangt hat oder nur an die Regierung gekommen ist, muss sich in jedem Einzelfall weisen. Der Blick auf die Ausübung der Regierungsgewalt dieser Rechten in Ungarn und Polen zeigt, dass man sich hier offenbar auf mehr als nur eine zeitweilige Regierungsübernahme eingestellt hat.

Ohne jeden Zweifel hat der gesellschaftspolitische Einfluss der Rechten zugenommen. Wie immer er zu quantifizieren ist – in der seit 2015 vor allem in Europa geführten Debatte zu Flucht und Zuwanderung ist es diese Rechte, die den Ton des öffentlichen Diskurses bestimmt und damit auch die Politik in ihrem Sinne beeinflusst. In Österreich konnte die Wahl eines Bundespräsidenten von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) in drei Wahlgängen nur äußerst knapp verhindert werden. In den Niederlanden hat sich der Einfluss der Rechten um Geert Wilders und seine »Partei für die Freiheit« (PVV) trotz des verfehlten Sieges bei den Wah-

len 2017 deutlich vergrößert, und in Frankreich bedurfte es zur Verhinderung einer Präsidentin Marine Le Pen der Unterstützung eines anderen Kandidaten durch die meisten anderen politischen Lager. Offenbar ist die radikale Rechte in einzelnen Ländern inzwischen so stark, dass nur ein Bündnis aller anderen ihren Sieg verhindern kann.

Das Beispiel Frankreich verweist – trotz des Erfolges von Jean-Luc Mélenchon im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen – dabei auf ein generelles Problem, das eng mit dem Aufstieg der Rechten verbunden ist: das Fehlen einer überzeugenden und massenwirksamen radikalen Linken. Wenn zunächst ein konservativer Rechter wie François Fillon und danach ein neoliberaler und sich explizit nach links abgrenzender Kandidat wie Emmanuel Macron zur einzigen Alternative zu Le Pen wird, dann zeigt sich hier das ganze Desaster einer Linken, die ihre Stellung als grundsätzliche gesellschaftspolitische Alternative verloren hat. Die soziale Frage wird so einer Rechten überlassen, die mit der Ethnisierung dieser Frage seit Jahren einen wichtigen Teil ihres Aufstiegs begründet.

Die Wahl von Donald Trump in den USA hat dieses Dilemma noch einmal verdeutlicht. Vor allem seinem Erfolg in den ehemaligen Industrieregionen des »Rust Belt« bzw. der krachenden Niederlage der vermeintlich »linkeren« Kandidatin Clinton hat er den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen zu verdanken. Abgehängte und vom Abstieg bedrohte Wählerinnen und Wähler sahen in Trump – nach der Blockade des Parteiapparats der Demokratischen Partei zur Verhinderung einer Präsidentschaftskandidatur von Bernie Sanders – den einzigen Kandidaten, der für sie sprach. Ohne Zweifel spielte die soziale Frage in dieser Wahl eine Rolle. Aber diese Frage stellte sich in einem sehr viel umfassenderen Sinne als »nur« auf der Ebene von Arbeit und Einkommen. Repräsentanz, Kultur, Bildung sind Stichworte der Erklärung des rechten Erfolgs, in den USA wie in Europa. Und damit verbunden und als Motiv häufig zentral, die Ablehnung politischer und kultureller

Eliten, die als Ausdruck all dessen gesehen werden, was sich mit der Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts verbindet und was für die meisten dieser Menschen mit Verunsicherungs- und Abstiegserfahrungen zu tun hat: eine neoliberal fundierte Form der kapitalistischen Globalisierung.

Die radikale Rechte in Europa und den USA bezieht sich vor allem auf den Teil der Bevölkerung, der sich nicht als Gewinner dieser Art der Globalisierung – bzw. einer neoliberal ausgerichteten EU – sieht. Und dieser Teil ist, auch wenn uns die tägliche Medienberieselung anderes suggerieren will, nicht klein, vielleicht nicht einmal minoritär. Er umfasst äußerst heterogene kulturelle und soziale Gruppen der Bevölkerung. Vom mittelständischen Familienunternehmer/in über Selbstständige und mittlere Angestellte zu abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen. Die Rechte bietet diesen heterogenen Anhängern und Anhängerinnen vor allem zwei Antworten auf die Krise des neoliberalen Kapitalismus: Sie benennt politisch Verantwortliche und macht ein – vorgebliches – Lösungsangebot für die von der Krise Betroffenen. Verantwortlich sind die liberalen politischen und kulturellen Eliten, die die Globalisierung mit all ihren Begleiterscheinungen vorangetrieben haben. Die von diesen Eliten verkündete Alternativlosigkeit der Entwicklung wendet sich jetzt als Bumerang gegen sie selbst. Wer jede Alternative ausschließt, befördert geradezu die Suche nach radikalen Änderungen durch diejenigen, die sich als Verlierer und Verliererinnen der Entwicklung sehen. Die aggressive Wendung gegen das Establishment (zu dem die rechten Führungsfiguren in vielen Fällen selbst gehören) hat eine Ursache in genau dieser immer wieder beschworenen Alternativlosigkeit der Entwicklung. Das Lösungsangebot besteht in einer nationalistischen, ethnischen, teils völkischen Definition der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum (ökonomisch und kulturell). Niemals wird von dieser Rechten über die allgemeine Ausweitung des gesellschaftlichen Reichtums, über Fragen der Umverteilung von oben nach unten gesprochen. Hier steht die radikale Rechte ganz auf dem Boden

des privatkapitalistischen Gesellschaftssystems und in Übereinstimmung mit den herrschenden Eliten. Auf die soziale Frage als Klassenfrage antwortet die Rechten mit deren Ethnisierung und ist damit erfolgreich. Über die Frage einer bescheidenen sozialen und kulturellen Teilhabe soll nach ethnischer Zugehörigkeit entschieden werden, und die Rechten verspricht, den Teil der Bevölkerung, der partizipieren darf, möglichst klein zu halten. In Zeiten von Massenmigration, Fluchtbewegungen und globalen Arbeitsmärkten heißt das Abschottung vor Zuwanderung und Geflüchteten. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ethnozentrismus werden somit zum wichtigsten Versprechen dieser Rechten und garantieren ihren gegenwärtigen Erfolg. Die Linke hat – und das ist die bedrückendste Feststellung – diesem Konzept von Ausgrenzung und Rassismus nichts auch nur annähernd so Attraktives und vor allem in den Augen der Wählerinnen und Wähler der Rechten Erfolg Versprechendes entgegenzusetzen.

Der historische Faschismus hatte in einer Krisenphase des Kapitalismus die das System gefährdende Klassenfrage in eine Rassenfrage umgedeutet und war damit erfolgreich im Sinne der Stabilisierung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse. Auf den ersten Blick könnte es so scheinen, als vollzöge sich gegenwärtig eine abgeschwächte Wiederholung dieses Prozesses. Doch bei genauerer Betrachtung sind die Unterschiede zur Konstellation der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts enorm. Während damals die soziale Frage als Klassenfrage offen zu Tage lag und durch die subalternen Klassen und ihre Parteien auf die Tagesordnung gesetzt wurde, ist sie heute nur vermittelt als Klassenfrage gegenwärtig. Der postfordistische Kapitalismus und die neoliberalen Durchdringung aller gesellschaftlichen Verhältnisse haben zu einer weitgehenden Auflösung kollektiver Selbstwahrnehmung geführt, durch die die Anrufung gemeinsamer, sozial fundierter Interessen äußerst schwer geworden ist. Der Individualisierungsschub ist nicht nur ein Moment neoliberaler Ideologie, sondern macht sich an der Entwicklung des modernen Kapitalismus und den veränderten

Strukturen der Arbeitswelt selbst fest. Die immer stärkere Aufspaltung der abhängig Beschäftigten in die verschiedenen Zonen der Arbeitsgesellschaft (Robert Castel), die Unterscheidung von prekären, gefährdeten und gesicherten Zonen in diesem Prozess, macht die Wahrnehmung und Artikulation kollektiver sozialer Interessen schwieriger. Für eine Linke, die genau hier ihr zentrales Feld hat, ergeben sich daraus nachhaltige Probleme.

Während es also der Linken, soweit sie die Thematisierung der sozialen Frage als Verteilungs- und letztlich als Machtfrage nicht völlig aufgegeben hat, kaum noch gelingt, kollektive soziale Interessen zu bündeln und zum Ausdruck zu bringen, gelingt dies der Rechten mit dem Thema Zugehörigkeit – vermittelt über Nation, Kultur und »Rasse« – nach wie vor. Was macht die Attraktivität von Nation, Kultur und »Rasse« gegenüber Klasse aus? Diese Frage muss die Linke beantworten, um die Klassenfrage selbst wieder attraktiv machen zu können. Dabei ist die rechte Mobilisierung über Nation, Kultur und »Rasse« heute an wichtigen Punkten von der Mobilisierung der Rechten in der Zwischenkriegszeit zu unterscheiden. Der biologisch begründete Rassismus, der klar nach Höher- und Minderwertigkeit unterschied, wurde durch das Konzept des Ethnopluralismus ersetzt, der Biologie durch Kultur austauscht und Unterschiede kulturell erklärt. Die aggressive »Ausmerzung« minderwertiger »Rassen« ist heute zu einem Schutz unterschiedlicher Kulturen in ihrer ursprünglichen Form geworden. Voraussetzung dafür sei es jedoch, die Vermischung von Kulturen möglichst zu vermeiden, vor allem dann, wenn es sich um vermeintlich völlig verschiedene und inkompatible Kulturen handelt. Was sich im historischen Faschismus als offensive Begründung imperialistischer Eroberung nach außen und absoluter Feindmarkierung nach innen zeigte, stellt sich heute als defensiver Schutz und Erhalt der eigenen Kultur dar. Niemand soll beherrscht werden, nur möchte man gerne von fremden Einflüssen frei bleiben, was man schließlich auch den anderen zubilligt. Erhalten und ein Wesensmerkmal rechter Ideologie bleibt der Essenzialismus,

der sich früher auf die »Rasse«, heute auf die Kultur bezieht. Der Nationalismus der Rechten tritt heute zumeist in defensiver Form auf und will nicht als Legitimation von Eroberung und imperialem Machtstreben verstanden werden. Trump, Le Pen und andere wenden sich gerade gegen den globalen Ordnungsanspruch, sei es der USA oder der EU. Nicht die faschistische Expansion steht im Zentrum ihres Nationalismus, sondern der Rückzug und die Abschottung des eigenen nationalen Rahmens.

In dieser Wandlung der Rechten liegt ein Grund, warum ihre Anhänger mit dem Verweis auf die Erfahrung des Faschismus nicht (mehr) abgeschreckt werden können und warum viele voller Überzeugung sich vom Verdacht des Rassismus distanzieren.

In Deutschland war der Bezug auf oder die unterstellte Nähe zum historischen Faschismus ein besonderes Hindernis für eine erfolgreiche und modernisierte radikale Rechte. Während sich in zahlreichen europäischen Nachbarländern spätestens seit Beginn der 2000er Jahre erfolgreiche Parteien der modernisierten radikalen Rechten etablierten, dauerte es in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2013, bis sich eine solche erfolgreiche Partei rechts von CDU/CSU festsetzte. Ohne Zweifel steht die Alternative für Deutschland (AfD) in der Tradition der modernisierten radikalen Rechten, wie sie oben skizziert wurde. Als Neugründung hat sie ihre Wurzeln, anders etwa als der Front National (FN), nicht im historischen Faschismus. Die in der ersten Hälfte der 2000er Jahre beobachtbare Aneignung neoliberaler Ideologiemomente durch die modernisierte radikale Rechte stand auch bei der Gründung der AfD Pate. Die Vermischung dieser Elemente mit einer auf Ausgrenzung und Ethnozentrismus basierenden Kritik der Globalisierung und einem Elitenbashing macht den gegenwärtigen Erfolg der AfD aus. Dabei scheint für die Anhängerinnen und Anhänger der Partei weniger das, was die AfD inhaltlich will als vielmehr das, wogegen sie steht, ihre Attraktivität auszumachen. Das macht die Auseinandersetzung mit der AfD besonders schwer, weil jede noch so stichhaltige Kritik an deren Inhalten und Argumenten am Kern dessen vorbeizieilt,

wofür sie mehrheitlich bisher gewählt wird. Den Anhängerinnen und Anhängern geht es weniger um eine »Alternative für« als um eine »Alternative gegen« etwas.

Insofern richtet sich die Frage, wie der scheinbar unaufhaltbare Aufstieg der AfD (und der radikalen Rechten generell) gestoppt werden kann, weniger auf die AfD als vielmehr auf die gesellschaftspolitischen Zustände, die die AfD hervorgebracht haben. Wenn der Aufstieg einer radikalen Rechten in Europa und den USA Ausdruck der Krise des gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsmodells ist, dann muss der Kampf gegen diese Rechte an diesem Gesellschaftsmodell ansetzen. Wer, wenn nicht eine radikale Linke, sollte diesen Kampf führen können? Aber der Zustand dieser Linken ist nicht so, dass sie dazu ohne Weiteres in der Lage wäre. Also gilt es, bescheidener auf die eigenen Möglichkeiten zu schauen, um auszuloten, welchen spezifischen Beitrag eine (radikale) Linke leisten kann, um den weiteren Aufstieg der Rechten und im Speziellen der AfD zu verhindern.